

Frank Engehausen

Die Nicht-Eingemeindung Eppelheims nach Heidelberg

Zu den heroischen Episoden der jüngeren Geschichte Eppelheims zählt zweifelsohne die Verteidigung der kommunalen Eigenständigkeit gegen die Zentralisierungs- und Rationalisierungsbestrebungen der baden-württembergischen Verwaltungsreform. In Hans Stephans Streifzügen durch die Ortsgeschichte „Unter Eppelheimer Dächern“ heißt es hierzu im Rückblick auf einen Sommerabend des Jahres 1972, an dem sich die Abwehrfront „gegen die drohende staatlich beabsichtigte Zwangsheidelbergisierung“ auf einer Versammlung im Clubhaus des Allgemeinen Sportvereins formierte:

„Demonstrativ saßen so sich gar nicht immer grünesonnene Konkurrenzvereine Schulter an Schulter, sogar die Ökumene feierte Urständ und verbreitete Mut und himmlische Hilfe, ja selbst sonst unbeteiligte Schlafeppeheimer fühlten endlich Eppelerisch, seit sie die Kostenvergleiche Eppelheimer und Heidelberger Verwaltungsakte im Eppelheimer Anzeiger gelesen hatten. Neubürger demonstrierten mit Eppelheimer Oldies Gemeinsamkeit. [...] Nicht übertrieben: echter Stallgeruch dampfte aus Poren und Achselhaaren. Und die Stallhasen, doch wirklich eine wehrlose Rasse, die wollten sich auf keinen Fall dem Heidelberger Löwen zum Fraß darbieten.“¹

In weiterer historischer Perspektive ist dieser geschlossene Widerstand insofern bemerkenswert, als die Eingemeindung Eppelheims nach Heidelberg keineswegs eine abwegige Blüte überschießender Reformideen der frühen 1970er Jahre war, sondern bereits in den 1920er und 1930er Jahren auf der lokalpolitischen Agenda gestanden hatte. Die Anstöße waren damals nicht von höheren Instanzen gekommen, sondern von den Eppelheimer Stallhasen selbst. Auch konnte von Gefräßigkeit des Heidelberger Löwen damals nicht die Rede sein, wie sich beim Blick in eine schmale, die Eingemeindungsdiskussionen dokumentierende Akte zeigt, die Teil eines größeren Archivalienfundes ist, der im Juli 2019 auf dem Eppelheimer Rathausdachboden gemacht wurde.

Das älteste Dokument in der fraglichen Akte ist ein Schreiben des Rohrbacher Bürgermeisters Christian Bitter, der im September 1926 seine Amtskollegen aus den Heidelberger Umlandgemeinden über die jüngst beschlossene und unmittelbar bevorstehende Eingemeindung Rohrbachs nach Heidelberg informierte, indem er ihnen die zu diesem Zweck getroffene Vereinbarung „mit den Erläuterungen zur Bürgerausschußvorlage zur gefl. Kenntnisnahme und geeigneten Verwertung“ zukommen ließ. Bitters Anliegen war es, „allen Collegen, die vielleicht früher oder später eine ähnliche Aufgabe zu lösen haben“, die „zweifellos in allen Fällen nicht leichte Aufgabe zu erleichtern“. Es sei „immer ein schwerer Schritt, wen [sic!] alte historische Gemeinden ihre Selbstständigkeit aufgeben, ein Schritt, der nicht nur materiell, sondern auch vom seelischen Standpunkt aus beurteilt sein will“.²

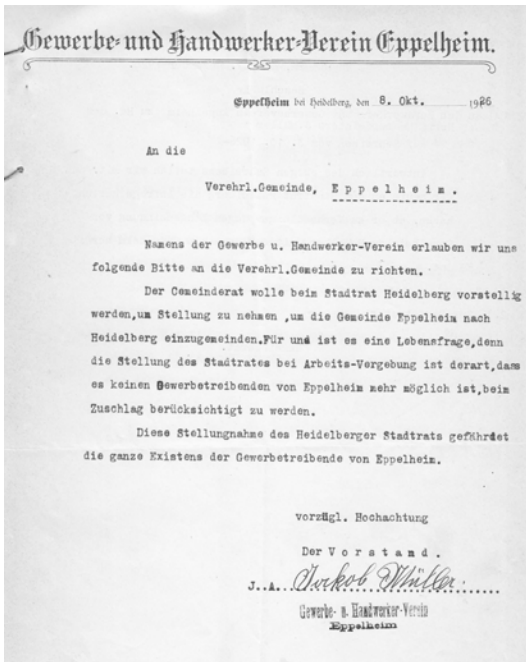
Wie das Schreiben Bitters im Eppelheimer Rathaus aufgenommen wurde, ist ungewiss. Auch wenn die überlieferten Quellen keine Anhaltspunkte geben, ist doch aber anzunehmen, dass die Option einer Eingemeindung in der zu diesem Zeitpunkt knapp 4.000 Einwohner zählenden Vorortgemeinde, die durch den Bau des Stadt-

teils Pfaffengrund noch näher an Heidelberg herangerückt war, durchaus diskutiert worden sein dürfte. Der mutmaßlich erste, der als Befürworter einer Eingemeindung an die Öffentlichkeit getreten war, war der sozialdemokratische Gemeinderat Georg Jakob Schuhmacher: Bei der Eröffnung der vom Heidelberger Messplatz in der Bergheimer Straße nach Eppelheim führenden Straßenbahnstrecke am 3. April 1919, für die die Gemeinde „reichen Flaggenschmuck“ angelegt hatte, antwortete er dem Heidelberger Oberbürgermeister Ernst Walz, der die Bahn nach Eppelheim als „ein neues Bindeglied zwischen Stadt und Land“ pries, dass die Eröffnung der Straßenbahnstrecke ein erster Schritt sei, dem „recht bald weitere folgen mögen“. Hierzu zählte für Schuhmacher zumindest perspektivisch die „Eingemeindung Eppelheims nach Heidelberg“, mit „dem man für immer verbunden sein wolle“.³

Bis die Eingemeindung vom beiläufig gestreiften Thema einer Festansprache zum Gegenstand erster Verhandlungen mit aktenmäßigem Niederschlag wurde, verging mehr als halbes Jahrzehnt. Nur wenige Wochen nach dem Eingang des Schreibens des Rohrbacher Bürgermeisters Bitter, aber wohl ohne kausalen Zusammenhang mit ihm, wandten sich im Oktober 1926 einige Eppelheimer Gewerbetreibende an den Gemeinderat. Ihnen bereitete ein unlängst gefasster Beschluss des Heidelberger Stadtrats Sorgen, bei kommunalen Aufträgen nur noch Heidelberger Anbieter zu berücksichtigen. Es sei, so Jakob Müller, der Vorsitzende des Eppelheimer Gewerbe- und Handwerkervereins, in einem Schreiben an den Gemeinderat, eine „Lebensfrage“, wenn es „keinen Gewerbetreibenden von Eppelheim mehr möglich ist, beim Zuschlag berücksichtigt zu werden“. Den einzigen Ausweg erblickte Müller

darin, dass der Gemeinderat „beim Stadtrat Heidelberg vorstellig“ werde, „um die Gemeinde Eppelheim nach Heidelberg einzugemeinden“.⁴

Der Eppelheimer Bürgermeister, der Sozialdemokrat Andreas Jäger, griff die Anregung auf, behandelte die Angelegenheit aber eher pflichtschuldig, als er den Heidelberger Stadtrat in einem dünnen Schreiben, das eine sachliche Begründung ganz fehlen ließ, fragte, ob man zu Eingemeindungsverhandlungen bereit sei.⁵ Der Heidelberger Oberbürgermeister Walz verzichtete in seinem Antwortschreiben ebenfalls auf jede Weitschweifigkeit: Die Stadt Heidelberg habe „für die nächsten Jahre derartig grosse Aufgaben zu bewältigen, dass die Eingemeindung der dortigen Gemeinde vorerst nicht



Der Anstoß der Eingemeindungsdiskussionen: Schreiben des Eppelheimer Gewerbe- und Handwerkervereins (Quelle: Stadtarchiv Eppelheim NA 75-4)

in Frage kommen kann. Die Einleitung entsprechender Verhandlungen ist deshalb z. Zt. untunlich“.⁶

Wie diese Nachricht im Eppelheimer Rathaus aufgenommen wurde und ob über den Kreis der Gewerbetreibenden hinaus überhaupt jemand Interesse an der Eingemeindung hatte, ist ebenso unklar wie die Ablehnungsmotive des Heidelberger Oberbürgermeisters. Vermutlich kamen die Eppelheimer einfach zu spät mit ihrer Anfrage, nachdem Wieblingen und Kirchheim bereits 1920 eingemeindet worden waren, und dass der im Jahr 1927 erfolgte Eingemeindung Rohrbachs schwierige und lange Verhandlungen vorangegangen waren, dürfte die Heidelberger Expansionsbestrebungen gebremst haben. Mit dem Scheitern des Vorhabens jedenfalls blieb Eppelheim als „mittlere Gemeinde“, wie sie durch die badische Gemeindeordnung von 1921 aufgrund ihrer Einwohnerzahl eingestuft wurde, ganz auf sich allein gestellt, als im Gefolge der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise Herausforderungen bislang unbekanntem Ausmaßes auf die Kommunalpolitik zukamen. Angesichts der vollständigen Zerrüttung der Gemeindefinanzen⁷ durch die hohen Fürsorgeleistungen für die ortsansässigen Erwerbslosen bedauerte man im Eppelheimer Rathaus 1932 vielleicht sogar, die Eingemeindungsinitiative sechs Jahre zuvor nicht mit größerem Nachdruck verfolgt zu haben.

Auf die Eppelheimer kommunalpolitische Agenda kam die Eingemeindungsfrage erneut im Mai 1935 durch ein Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Eppelheim an die Kreisleitung der NSDAP in Heidelberg mit der Bitte, das Thema dem badischen Innenministerium vorzutragen. Als äußeren Anlass nannte das Schreiben die kurz zuvor erfolgte Vereinigung des Grenzhofs mit Heidelberg, durch die „die Gemarkung Eppelheim von der Gemarkung Heidelberg umklammert“ sei. In der Sache wurde darauf verwiesen, dass Eppelheim jetzt schon „verkehrs- und wirtschaftspolitisch unlösbar mit der Stadt Heidelberg verbunden“ sei.

„Die Heidelberg-Eppelheimer Gemarkungsgrenze liegt unmittelbar am Ortseingang von Eppelheim. Zwischen den Eppelheimer Häusern und der Heidelberger Stadtrandsiedlung liegt ein unbebauter Streifen von kaum 100 m Breite, durch den sich die Reichsautobahn zieht. Heidelberg und Eppelheim sind also praktisch schon zusammengebaut.“

Eppelheim sei durch die Straßenbahn an Heidelberg angeschlossen, und dass beide Gemeinden eine verkehrspolitische Einheit bildeten, zeige sich auch daran, dass die Eppelheimer den eigenen Bahnhof kaum noch nutzten: „Der Bahnhof der Eppelheimer ist der Hauptbahnhof in Heidelberg“.⁸

Wirtschaftlich bereite die Trennung der beiden Gemeinden, so die Argumentation der Eppelheimer NSDAP-Ortsgruppe, nur Probleme: Die Eppelheimer Bauern seien wegen der geringen Größe der eigenen Gemarkung darauf angewiesen, Ackergrundstücke auf Heidelberger Gemarkung zu kaufen oder zu pachten, was wegen der Siedlungspolitik der großen Nachbargemeinde zunehmend schwierig sei. Groß sei die Zahl der Eppelheimer Bauhandwerker, von denen viele arbeitslos seien,

„während die Heidelberger Unternehmer, die auf auswärtige Arbeitnehmer angewiesen sind, vorwiegend solche aus dem Odenwald beschäftigen. Sämtliche Arbeitslosenunterstützungen werden in Heidelberg ausbezahlt. Ein großer Prozentsatz dieser Beträge bleibt in Heidelberg. Auch die Einkäufe der in Arbeit stehenden Volksgenossen werden – ausgenommen die Kleinigkeiten des täglichen Bedarfs – in Heidelberg getätigt.“

Andererseits sei es Eppelheimer Gewerbetreibenden nur dann möglich, Aufträge in Heidelberg zu erhalten, wenn sie „zu Kampfpreisen schreiten, die sowohl für das Heidelberger als auch für das Eppelheimer Unternehmertum unerwünscht sind. So überschneiden sich die wirtschaftlichen Interessen der Eppelheimer und Heidelberger Bevölkerung derartig, daß festgestellt werden muß, daß auch wirtschaftspolitisch Eppelheim und Heidelberg längst eine Einheit bilden“.⁹

Die Schlussfolgerung war für die Eppelheimer NSDAP-Ortgruppe deshalb klar:

„Dieser wirtschaftlich und verkehrspolitisch einheitliche Organismus ist nicht künstlich geschaffen, sondern hat sich im Laufe der letzten 3 Jahrzehnte entwickelt. Es ist heute, wo alle unsinnigen Grenzen innerhalb unseres Vaterlandes fallen, ein Unding diese organische Einheit durch jetzt künstlich und erzwungen wirkende kommunalpolitische Grenzziehung zu zerreißen. Die heutige Trennung ist für beide Teile nur von Nachteil und die Eingemeindung Eppelheims zu Heidelberg läßt für die Zukunft alle Beteiligten nur Gutes erhoffen. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Eppelheimer Bevölkerung ohne jegliche Ausnahme der Hoffnung ist, daß das Ministerium des Innern die Vereinigung der beiden Kommunen verfügt.“¹⁰

Wilhelm Seiler, der Kreisleiter der NSDAP, leitete das Anliegen an das Bezirksamt weiter und unterstrich die sachliche Relevanz mit dem Hinweis:

„Wirtschaftlich gehört Eppelheim längst schon zur Stadt Heidelberg, insbesondere die Bauhandwerker sind sehr stark in dieser Stadt beschäftigt. Die Sparkasse, die Gas- und Lichtversorgung sind städtisch. Die Heidelberger Strassenbahn verbindet die Gemeinde sehr günstig mit der Stadt, während die Reichsbahn kaum noch am Bahnhof Eppelheim hält.“

Allerdings verhehlte Seiler seine Bedenken nicht: Die Stadt Heidelberg werde „kein grosses Interesse haben, da ihrer Entwicklung zur Wohnstadt durch die Vereinigung nicht gedient wird. Auch werde sie im Falle der Eingemeindung grössere Ausgaben haben.“¹¹ Das Bezirksamt wiederum teilte dem Eppelheimer Bürgermeister Paul Hübner Seilers Einschätzung mit und ersuchte ihn nach Beratung mit dem Gemeinderat um Stellungnahme. Diese erfolgte am 19. Juni mit der Mitteilung, dass sich der Gemeinderat „für die Einleitung von Eingemeindungsverhandlungen mit der Stadtgemeinde Heidelberg“ ausgesprochen habe. Allerdings wollte man diese nicht selbst in Gang setzen, sondern bat das Bezirksamt um weitere Veranlassung.¹²

Der weitere Verlauf der Angelegenheit ist in den Eppelheimer Akten nur ungefähr nachzuvollziehen: Die Stadt Heidelberg wollte die Katze offensichtlich nicht im Sack kaufen, sondern forderte von den Eppelheimern, bevor man in Verhandlungen eintrat, die Rechenschaftsberichte für die letzten Rechnungsjahre an und auch eine Übersicht der Arbeitslosenzahlen. Die Übermittlung dieser Unterlagen kündigte Bürgermeister Hübner am 20. September in einem Schreiben an das Bezirksamt an, dem er allerdings die Bemerkung hinzufügte, „daß hierorts an der Vereinigung der Gemeinde mit der Stadtgemeinde Heidelberg kein großes Interesse mehr vorhanden ist; ein Interesse an der Vereinigung besteht nur noch in kleinen Kreisen“.¹³ Zwar suchte er gut ein Jahr später, im Dezember 1936, beim Heidelberger Oberbürgermeister Carl Neinhaus in der Eingemeindungssache um einen Gesprächstermin nach; dieses Gespräch aber blieb, wenn es denn überhaupt stattgefunden haben sollte, folgenlos.

Da von einem kompletten Meinungsumschwung – im Mai 1935 begrüßte die Eppelheimer Bevölkerung die Eingemeindung angeblich ohne Ausnahme, und vier Monate später habe Interesse an der Vereinigung nur noch in kleinen Kreisen bestanden – nicht auszugehen ist, müssen andere Gründe für das rasche Scheitern des Projekts gesucht werden. Zu finden sein dürften sie in den parteiinternen Querelen der Eppelheimer Nationalsozialisten, um deren Führung 1935 ein Streit entbrannt war. Der eindeutige Platzhirsch war bis dahin Paul Hübner gewesen, der seit dem Herbst 1932 den Stützpunkt Eppelheim der NSDAP leitete – für die Bildung einer Ortsgruppe war die Zahl der Parteigenossen (wohl nur knapp zwei Dutzend) in der Gemeinde, die eine Hochburg der Sozialdemokraten und der Kommunisten war, noch zu gering gewesen. Als mit der Machtübernahme 1933 auch in Eppelheim ein Massenzulauf zur NSDAP begann und die Honoratioren aus dem dörflichen Bauernstand in die Partei drängten, stieß Hübner bald an die Grenzen seines Integrationsvermögens: Die Altparteigenossen fühlten sich beim Geschacher um Posten – darunter die Sitze in den Gemeindegremien – von den „Märzgefallenen“ übergeben und führten bei Kreis- und Gauleitung Klage gegen Hübner, der sich wehrte, indem er Parteiausschlussverfahren gegen seine Kontrahenten anstrebte. Auch mit den Neuparteigenossen vermochte er sich nicht zu arrangieren: Bei der Neuwahl des Bürgermeisters durch die gleichgeschaltete Gemeindeverordnetenversammlung am Jahresende 1933 stellten sie einen zum Nationalsozialismus konvertierten Großbauern auf, der auch mit Abstand die meisten Stimmen erhielt, gleichwohl aber nicht an die Rathauspitze gelangte, da die Kreisleitung beim Innenministerium in Karlsruhe zugunsten des Wahlverlierers Hübner intervenierte.¹⁴



Parteiausweis Paul Hübners, Eppelheimer Bürgermeister 1934–1941 (Quelle: Generallandesarchiv 465c 3309)

Die Doppelfunktion als Ortsgruppenleiter und Bürgermeister stärkte Hübner, der seine Machtposition allerdings nicht konsolidieren konnte, da man in der Kreisleitung Heidelberg der Eppelheimer Parteistreitigkeiten allmählich überdrüssig wurde. Im Frühjahr 1935 wurde Hübner von Kreisleiter Seiler von der Leitung der Ortsgruppe entbunden; an seine Stelle trat der kurz zuvor aus dem Odenwald nach Eppelheim umgezogene Volksschullehrer

Kurt Wörner, den Seiler aus seiner Arbeit im nationalsozialistischen Lehrerbund kannte und dem er offenkundig die Befriedung der Eppelheimer NSDAP eher zutraute als Hübner.¹⁵ Sollte das namentlich nicht unterzeichnete Schreiben der Ortsgruppe vom Mai 1935, das die Eingemeindungsfrage aufwarf, aus Wörners Hand stammen, so wäre darin wohl ein Frontalangriff des neuen Ortsgruppenleiters auf

seinen Amtsvorgänger zu sehen: Schließlich hätte Hübner im Falle der Angliederung Eppelheims an Heidelberg nicht nur seinen Bürgermeisterposten verloren, sondern wäre in die Arbeitslosigkeit zurückgefallen, aus der er sich 1933 dank seiner parteipolitischen Meriten hatte befreien können.

Hübner hatte also kein Interesse, das Eingemeindungsprojekt, das von seinen Parteifreunden ins Gespräch gebracht worden war, zu forcieren; vielmehr fand er einen Weg, es zu sabotieren, wobei ihm die höhere Politik zur Hilfe kam: Zum 1. April 1935 nämlich trat im Zuge des weiteren Ausbaus der nationalsozialistischen Diktatur die „Deutsche Gemeindeordnung“ in Kraft, die nun auch in den Kommunen das „Führerprinzip“ wirksam werden ließ, indem die Gemeinderäte nicht mehr gewählt, sondern von den Bürgermeistern ernannt und zudem von Beschluss- zu Beratungsgremien herabgestuft wurden. Dies bot Hübner die Möglichkeit, sich jener Gemeinderäte, die sich im Juni 1935 für die Einleitung von Eingemeindungsverhandlungen ausgesprochen hatten, zu entledigen. In den neuen, von Hübner ernannten Gemeinderat gelangten im Oktober 1935 nur zwei Altmitglieder;¹⁶ die vier neuen, so wird man mutmaßen dürfen, waren keine Anhänger des Eingemeindungsprojekts, das zwischen Mai und September 1935 auf so merkwürdige Weise seine Akzeptanz in Eppelheim eingebüßt hatte.

Anmerkungen

- 1 Hans Stephan: Unter Eppelheimer Dächern, Horb am Neckar 1997, S. 362.
- 2 Stadtarchiv Eppelheim NA 75-4, undatiertes Schreiben Bitters mit Eingangsstempel vom 25.9.1926.
- 3 Heidelberger Zeitung vom 4.4.1919.
- 4 Stadtarchiv Eppelheim NA 75-4, Schreiben vom 8.10.1926.
- 5 Ebd., Schreiben vom 27.12.1926.
- 6 Ebd., Schreiben vom 6.1.1927.
- 7 Vgl. Elisabeth Dahlhaus: Eppelheim unter dem Hakenkreuz, in: Geschichte entdecken – Eppelheim, hg. von der Gemeindeverwaltung Eppelheim, Eppelheim 1993, S. 130f.
- 8 Stadtarchiv Eppelheim NA 75-4, Schreiben vom 6.5.1935.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd., Schreiben des Bezirksamts an Bürgermeister Hübner vom 12.6.1935 mit Zitaten aus einem Schreiben Seilers.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd., Schreiben vom 20.9.1935.
- 14 Vgl. GLA 465c 3309 (Parteipersonalakte Hübners) und 465q 37967 (Spruchkammerakte Hübners) sowie Stadtarchiv Eppelheim A 107 (Bürgermeisterwahl 1933).
- 15 Vgl. GLA 465f 293 (Spruchkammerakte Wörners).
- 16 Vgl. Stadtarchiv Eppelheim A 86.